

Götz Aly

## Die Belasteten

›Euthanasie‹ 1939–1945  
Eine Gesellschaftsgeschichte

Seit seinem ersten Erscheinen 2012 viel diskutiert, ist dieses das wohl persönlichste Buch von Götz Aly, das er seiner schwerbehinderten Tochter Karline widmet. Zwischen 1939 und 1945 wurden 200 000 Deutsche ermordet, weil sie psychisch krank waren, als aufsässig, erblich belastet oder verrückt galten. Nicht wenige Angehörige nahmen den Mord an ihren behinderten Kindern, Geschwistern, Vätern und Müttern als Befreiung von einer Last stillschweigend hin. Die meisten Familien schämen sich bis heute, die Namen der Opfer zu nennen. Beklemmend aktuell lesen sich die Rechtfertigungen der vielen Beteiligten: Erlösung, Gnadentod, Lebensunterbrechung, Sterbehilfe oder Euthanasie. Götz Aly bringt Licht in ein düsteres Kapitel der deutschen Gesellschaftsgeschichte.

**Götz Aly** ist Historiker und Journalist. Er arbeitete für die »taz«, die »Berliner Zeitung« und als Gastprofessor. Seine Bücher werden in viele Sprachen übersetzt. 2002 erhielt er den Heinrich-Mann-Preis, 2003 den Marion-Samuel-Preis, 2012 den Ludwig-Börne-Preis. Zuletzt veröffentlichte er in den Fischer Verlagen ›Warum die Juden? Warum die Deutschen? Gleichheit, Neid und Rassenhass 1800–1933‹ (2011) sowie 2012 die aktualisierte Neuauflage von ›Vordenker der Vernichtung. Auschwitz und die deutschen Pläne für eine neue europäische Ordnung‹ (zusammen mit Susanne Heim). Er gehörte 2004–2010 zu den Begründern und Herausgebern der Quellenedition ›Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden durch das nationalsozialistische Deutschland 1933–1945‹.

Weitere Informationen, auch zu E-Book-Ausgaben, finden Sie bei [www.fischerverlage.de](http://www.fischerverlage.de)

FISCHER Taschenbuch

doch konzipierte er an dieser Stelle nicht etwa den Paragraphen 2, sondern warf die grundsätzliche Frage auf, ob ein Euthanasiegesetz überhaupt zweckmäßig sei: »Soll die Maßnahme zur Grundlage ein veröffentlichtes Gesetz haben« oder besser »im Wege amtsgeheimer Anordnung durchgeführt werden?« Die Antwort hatte er bereits parat: »Der letztere Weg erscheint zunächst unverständlich. Ich halte es aber doch für gerechtfertigt, ihn in diesem Zusammenhang zu behandeln. Er berührt ein Moment, das in Meltzers Statistik zum Ausdruck kommt.«

Wer war Meltzer? Was hatte es mit dessen Statistik auf sich? Obermedizinalrat Ewald Meltzer (1869–1940) leitete knapp 30 Jahre lang den Katharinenhof, eine sächsische Landespflegeanstalt für bildungsunfähige schwachsinnige Kinder in Großhennersdorf (Oberlausitz). In dieser Eigenschaft, aus freien Stücken, aber aus gegebenem Anlass hatte er 1920 eine Befragung zum »Problem der Abkürzung ›lebensunwerten‹ Lebens« durchgeführt und die Ergebnisse fünf Jahre später veröffentlicht. Unmittelbar vor der Umfrage war die bereits genannte, damals viel diskutierte Streitschrift »Die Vernichtung lebensunwerten Lebens« erschienen. In dieser Situation schickte Meltzer den Eltern der 200 ihm anvertrauten Kinder den folgenden Fragenkatalog:

»1. Würden Sie auf jeden Fall in eine schmerzlose Abkürzung des Lebens Ihres Kindes einwilligen, nachdem durch Sachverständige festgestellt ist, dass es unheilbar blöd ist?« Wer diese Frage mit Nein beantwortete, hatte sich den beiden folgenden Zusatzfragen zu stellen: »2. Würden Sie diese Einwilligung nur für den Fall geben, dass Sie sich nicht mehr um Ihr Kind kümmern können, zum Beispiel für den Fall Ihres Ablebens? 3. Würden Sie die Einwilligung nur geben, wenn das Kind an heftigen körperlichen und seelischen Schmerzen leidet?« Die vierte und letzte Frage lautete: »Wie stellt sich Ihre Frau zu den Fragen 1–3?« In einem Nachsatz versicherte Anstaltsdirektor Meltzer den Eltern, die Fragen seien theoretischer Natur: »Ihr Kind selbst ist so weit gesund und munter. Sollten Sie durch vorstehende Fragen etwa Sorge um das Leben Ihres Kindes haben, so sei Ihnen zur Beruhigung gesagt, dass den hier verpfleg-

ten Kindern auch weiterhin die gleiche gewissenhafte Pflege zuteilwird wie bisher.« Selbst wenn später einmal ein Gesetz ergehen sollte, so fuhr Meltzer fort, »das es gestatten würde, das Leben solcher Kinder abzukürzen, so könnte dies doch nie ohne Einholung der Genehmigung der Eltern geschehen«. Das Leben eines Menschen abkürzen – diese beschönigende Wendung hatten Binding und Hoche in den allgemeinen Sprachgebrauch eingeführt.

Von den 200 Befragten sandten 162 den Fragebogen ausgefüllt zurück. Davon antworteten 73 Prozent (119) auf die erste Frage mit Ja und 27 Prozent (43) mit Nein. Doch waren unter den 43 Eltern, darunter einige wenige Vormünder, die hinter die erste Frage (Zustimmung »in jedem Fall«) ein Nein setzten, nur 20 Personen, die auch die beiden folgenden spezifizierten Fragen mit Nein beantworteten. Ausdrücklich und uneingeschränkt lehnten es lediglich zehn Prozent der Befragten ab, in die »schmerzlose Abkürzung des Lebens« ihres in der Anstalt gut untergebrachten Kindes einzuwilligen. Ewald Meltzer, der in den 1920er-Jahren die Sterilisierung behinderter und geisteskranker Pflegerlinge befürwortete, wollte mit seiner Umfrage Argumente gegen den modisch gewordenen Euthanasiegedanken gewinnen. Angesichts der Resultate stellte er irritiert fest: »Das hatte ich nicht erwartet. Das Umgekehrte wäre mir wahrscheinlicher gewesen.«

Einige Befragte begründeten ihre Haltung und auch ihre Zweifel. Darunter hob Meltzer eine Gruppe ähnlich argumentierender Eltern hervor, deren Aussagen knapp 20 Jahre später jene Männer besonders interessierten, die in der Kanzlei des Führers über Maß und Form der geplanten Euthanasieorde und deren gesellschaftliche Implementierung nachdachten. »Sehr zu denken gibt doch auch die Tatsache«, heißt es in Morells Text, »dass eine ganze Reihe der Jasager folgendermaßen sich ausdrückt: ›Was soll ich als alleinstehende Frau machen; stelle es zu Ihrer Verfügung, machen Sie, was Sie für am besten halten! Richtiger hätten Sie mir das gar nicht gesagt und hätten das Kind einschlafen lassen.« Eine andere Mutter präziserte ihre Zustimmung mit dem Hinweis: »Als frühere Krankenpflegerin halte ich die Anfrage für verfehlt, da es den Eltern

dadurch nur schwer gemacht wird«; »ihr Beruf und christliches Gefühl« sagten dieser Frau, »dass alle unheilbaren Patienten von ihren Leiden schmerzlos erlöst werden sollten und den Angehörigen dann nur das Ableben mitgeteilt werden sollte«. Ähnlich sprachen sich andere Angehörige aus: »Wären lieber nicht mit dieser Frage behelligt worden. Bei einer plötzlichen Todesnachricht würden wir uns drein ergeben haben. Wie wohl wäre dem Kinde schon lange, wenn im Anfangsstadium etwas dafür getan worden wäre.« »Lieber wäre mir's gewesen, ich hätte nichts davon gewusst.« »Im Prinzip einverstanden; nur dürften Eltern nicht gefragt werden; es fällt ihnen doch schwer, das Todesurteil für ihr eigen Fleisch und Blut zu bestätigen. Wenn es aber hieße, es wäre an einer x-beliebigen Krankheit gestorben, da gibt sich jeder zufrieden.«

Meltzer hatte zu diesen Antworten bemerkt: »Gern will man sich selbst und vielleicht auch das Kind von der Last befreien, aber man will seine Gewissensruhe haben.« Selbst unter den wenigen Eltern, die alle drei Fragen mit Nein beantwortet hatten, entdeckte Meltzer in den schriftlichen Begründungen noch manche, die »diese ganze Gewissensfrage auf andere Schultern abwälzen« wollten. Zu den Gründen, die hinter solchen Antworten selbst der entschiedenen Neinsager standen, bemerkte er: »Der Arzt mag es tun, wenn er seiner Sache sicher ist, und mag uns dann benachrichtigen, dass das Kind an der oder jener Krankheit gestorben ist; wir aber wollen unsere Hände in Unschuld waschen.«

Morell folgerte daraus in seiner Vorlage für Hitler: Selbst unter den wenigen Neinsagern hätten die meisten »nichts gegen die Tötung selbst einzuwenden, sie wollen nur ihr Gewissen nicht belasten!!!«. Die große Mehrheit der Jasager brauchte Morell nicht weiter zu kommentieren, doch interessierten ihn jene Angehörigen, die eigentlich für die »Erlösung« ihres Kindes waren, aber andererseits nicht über Leben und Tod entscheiden wollten: »Mehrere Eltern bringen zum Ausdruck: Hätten sie es nur gemacht und gesagt, dass unser Kind an einer Krankheit gestorben sei.« Morell folgerte: »Das könnte man hier berücksichtigen« und man dürfe »nicht denken,

dass man keine heilsame Maßnahme ohne das Placet des Souveräns Volk ausführen« könne.<sup>16</sup>

Später legitimierten die Organisatoren der Euthanasie ihr Morden immer wieder mit Meltzers Umfrage. Das belegen zahlreiche Dokumente. Eines davon findet sich in dem 1942 fertiggestellten Film »Dasein ohne Leben«, der für den Massenmord warb, im Auftrag der Kanzlei des Führers gedreht worden war, aber niemals öffentlich gezeigt wurde. Neben Dokumentaraufnahmen aus verschiedenen Irrenhäusern enthielt er Spiel- und Trickpassagen, darunter die folgende:

Der Direktor einer großen Heil- und Pflegeanstalt lehrt im Nebenamt als außerplanmäßiger Professor an einer Universität. Während einer Vorlesung verwandelt er sich gewissermaßen in Ewald Meltzer und berichtet von seiner früheren Umfrage unter den Eltern unheilbarer Pfleglinge. Mit ansteigender Stimme verkündet er, dass 73 Prozent der Befragten für die »Erlösung« ihrer Kinder votiert hätten. Zum weiteren Aufbau der Szene heißt es im Drehbuch: Der Kopf des Professors wird herangezoozt, »kommt nah und näher, wird überlebensgroß, jetzt füllen nur noch Augen und Stirn das Bild, darauf blendet eine Montage Sätze aus der Originalumfrage ein, vermischt mit handschriftlichen Antworten: ein Stoß von Briefen. Aus dem Durcheinander springt ein Satz auf in flammender Schrift: »Eine Mutter schrieb: Nicht fragen – handeln!« Hinter der Montage steht der Kopf des Professors. (Die Musik endet in einem Furioso.)<sup>17</sup>

Der Direktor einer Hamburger Kinderklinik, der zwischen 1941 und 1945 mindestens 56 geschädigte kleine Kinder hatte töten lassen, verteidigte sich hernach mit dem Hinweis auf dieselbe Umfrage. Die bei Meltzer angeführten Antworten und Prozentzahlen führte er während seiner Vernehmung im Januar 1946 fehlerfrei an und leitete daraus zu seiner Entlastung ab: »Erwähnen möchte ich nochmals, dass viele Eltern von sich aus den Wunsch zur Erlösung aussprachen.« Doch sei es seiner Ansicht nach »als unmenschlich abzulehnen«, den Eltern, speziell den Müttern, »eine solch schwierige Entscheidung in voller Konsequenz zu übertragen«, deswegen

namen auf die Haut – Tränen in den Augen.« Das alles sei im Morgengrauen geschehen, große Personautos – Busse – rollten vor, die Fenster mit weißem Papier verklebt. So vollzog sich der Abtransport.

»Langsam aber sickerte durch, wo die Fahrt ins Blaue endete.« Nicht in einer billigeren, weniger kriegsgefährdeten Provinzialanstalt, und wenn, dann nur als vorübergehender Zwischenaufenthalt. Die Kranken mussten, zunächst ahnungslos, später durchaus wissend, im Zuchthaus Brandenburg und anderswo in Gaskammern, getarnt als Duschräume, treten. Nach dem Bericht geschah das so: »Man lässt sie sich auf die Bänke setzen. Eine stellt sich in die Ecke. Eine zieht es vor, sich auf den Boden zu setzen. Die Pflegerinnen winken: ›Ruhig sein, warten‹ und schließen die Tür. Die Kranken sind allein. Eine steht auf, fängt ihren stereotypen Kreisgang an. Eine flüstert und schimpft auf etwas Unsichtbares. Da rauscht es. Es scheint, die Duschen gehen. Eine auf der Bank lässt den Kopf sinken und plumpst, ihrem Kopf nach, dumpf auf die Steinplatten. Die im Kreis gegangen war, blickt auf und sackt in den Knien zusammen. Auf der Bank lehnen sie eine neben der anderen, rutschen, zwei zusammen und einzeln, herunter, fallen übereinander. Die ›Duschen‹ rauschen.«

Auf den »Friedhöfen kamen bald ganze Serien von Urnen auf einmal an«. Als die Berliner Heil- und Pflegeanstalten dann schon stark geleert waren, erschien ein junger Arzt, »von ›oben‹ geschickt«, der mit den Pflegern noch einmal jeden noch vorhandenen »Fall« durchging mit dem Bemerkten: »Wir müssen feststellen, ob diese Kranken durch ihre Arbeit fürs Haus wirklich unentbehrlich sind. Es wäre sonst ungerecht gehandelt zu denen, die wir schon fortgebracht haben.« Fünftausend bis sechstausend Berliner machten dem Bericht zufolge in den Jahren 1940 und 1941 diese Fahrt ins Blaue. Zuletzt, 1945, habe die Zahl der Anstaltspatienten nur noch ein Zehntel des Vorkriegsstandes betragen. »Man hieß auch nicht mehr ›Heil- und Pflegeanstalt‹, sondern ›Krankenhaus‹ und hatte eine Kinderabteilung, eine Station für heilbare Nervenranke und so weiter.«

Jedes Detail in diesem kurzen Zeitungsartikel stimmt. Verfasst hatte ihn der Berliner Arzt und Schriftsteller Alfred Döblin, der 1945 als Kulturoffizier in der Uniform der französischen Besatzungsmacht nach Deutschland zurückgekehrt war. Am Ende des Gesprächs trat der Kollege aus alten Tagen näher an Döblin heran und flüsterte: »Ich muss Ihnen noch etwas sagen. Ich habe ja selbst einen Sohn zu Hause, der – schwach ist. Wir haben ihn versteckt und zuletzt bei Freunden untergebracht. Damit er uns nicht genommen wird. Jedesmal, wenn ich solche Listen aufstellte, dachte ich: Ich verurteile mein eigenes Kind zum Tode.« An diese Sätze fügte der Berichterstatter Döblin den Schluss seines Artikels: »Seine Lippen bebten. Ich vermochte nichts zu sagen. Er griff nach meiner Hand.«<sup>73</sup>

#### Entlassungsanträgen ist in jedem Fall zu entsprechen

Am 20. Januar 1940 hatte der Reichsverteidigungskommissar für den Wehrkreis III, das war Berlin, angekündigt, er werde »im Zuge der Neugestaltung des Heil- und Pflegeanstaltswesens in der nächsten Zeit die Verlegung einer größeren Anzahl von Insassen« anordnen. In dem Erlass stand, dass die Angehörigen über die Verlegung vorher nicht zu unterrichten seien, dies sei Sache der Aufnahmeanstalt.<sup>74</sup> Im Laufe des Jahres 1940 meldeten die Berliner Heil- und Pflegeanstalten rund 6000 ihrer Patienten über die Medizinalabteilung des Reichsinnenministeriums an die Aktion T4.<sup>75</sup> Das Verfahren endete mit dem schnellen Tod der meisten und führte dazu, dass schon nach wenigen Monaten, am 31. Oktober 1940, die größte Irrenanstalt, die in Berlin-Buch, geschlossen und anderen Zwecken zugeführt werden konnte. (Dort übrigens hatte Döblin 1906 bis 1908 als Assistenzarzt gearbeitet.)<sup>76</sup> Die Anstalt Herzberge wurde im Juni 1941 zum Lazarett umgewandelt, Wuhlgarten wenig später zum Hospital.<sup>77</sup> Wittenau blieb die einzige aufnehmende Anstalt der Stadt. 1939 lebten 9204 psychiatrische Patienten in den Berliner Heilstätten, Ende 1941 noch 3525, 1945 noch 1807.<sup>78</sup>

Auf den großen Berliner Zentralfriedhöfen kamen 1940 Tausende von Urnen an. Der junge Arzt, von dem Döblin berichtete, der nach dem Ende des ersten Mordprogramms die übrig gebliebenen Patienten noch einmal selektierte, inspizierte im Herbst 1941 die Wittenauer Heilstätten.<sup>79</sup> Während die Zentrale der Aktion T4 weiterhin dabei blieb, den Namen und später auch die laufende Nummer der zum Abtransport bestimmten Kranken auf einen Leukoplaststreifen zu notieren und den Opfern zwischen die Schulterblätter kleben zu lassen<sup>80</sup>, entwickelten die Berliner Verantwortlichen das von Döblins Gewährsmann beschriebene Verfahren: »Wie Schweinen« ließen sie den Todgeweihten ein Identifikationsmerkmal direkt auf die Haut schreiben. Die Anregung dazu stammte vom Stellvertretenden Direktor der Heil- und Pflgeanstalt Neuruppin. Dieser hatte am 29. August 1940 an das Berliner Hauptgesundheitsamt geschrieben:

»Bei der Übernahme der Transportkranken aus Berliner Anstalten haben sich gewisse Schwierigkeiten ergeben insofern, als die mit den Namen beschriebenen Leukoplaststreifen auf dem Wege hierher zum Teil bereits verloren gegangen sind, wodurch die Identifizierung der einzelnen Persönlichkeiten nicht mehr mit Sicherheit gewährleistet ist und unliebsame Personenverwechslungen vorkommen können. Folgende Maßnahmen haben sich seitens der hiesigen Anstalt bei Abgabe von Transportkranken bisher aufs beste bewährt. Jeder Patient erhält den vollen Namen auf das Rückenteil seines Hemdes eingenäht. Außerdem wird der volle Name – erforderlichenfalls auch der Geburtstag – mit rotem Kopierstift – der hierbei angefeuchtet sein muss – auf die bloße Haut zwischen die Schulterblätter geschrieben, der sich für längere Zeit unverwischbar erhält. Bei der Übergabe der Kranken erhält jeder Patient eine Kennmarke aus Blech mit fortlaufender Nummer (eingestanzt) mit Bindfaden im Knopfloch befestigt. Der Transportleiter notiert bei der Übernahme des einzelnen Kranken diese Nummer in ein ihm ausgehändigtes Namensverzeichnis. Dieses Verfahren hat sich bisher sehr gut bewährt, und es war hierdurch bisher eine absolute Identitätssicherheit gewährleistet.«<sup>81</sup>

Warum die Kranken in derart penibler Weise gekennzeichnet wurden, ist leicht erklärt. Weil es in Berlin eben viele Kunzes, Beckers und Lehmanns gab und die Abtransporte außerordentlich schnell durchgeführt wurden, war es mehrfach zu Irrtümern gekommen. Nach solchen Unzuträglichkeiten und Missgriffen wurden die Patienten nicht mehr direkt nach Brandenburg transportiert und nicht mehr unmittelbar nach ihrer Ankunft im dortigen Zuchthaus mit Kohlenmonoxyd erstickt, sondern zunächst in sogenannte Sammelstellen oder Zwischenanstalten verlegt, dort etwa zwei bis vier Wochen lang belassen und erst dann in die Gaskammern abtransportiert. Für Berlin wurde im Juni 1940 eine solche Zwischenanstalt eingerichtet, und zwar in Neuruppin. Damit bezweckten die Organisatoren der Aktion T4, Irrtümer zu vermeiden. Außerdem wollten sie die Möglichkeit offenhalten, solche Kranken kurzerhand zu entlassen, deren Verwandte nachforschten und sich nicht beschwichtigen ließen. Der Zwischenaufenthalt schuf die Möglichkeit, auf Widerstände flexibel zu reagieren, bürokratische Irrtümer zu minimieren und, wie noch gezeigt werden wird, den Anstaltsdirektoren eine Mitsprache bei der Auswahl der Opfer einzuräumen. Alle drei Momente halfen, den Ablauf der Mordaktion flüssig zu halten, Reibungen zu vermeiden, die den Gesamtplan hätten gefährden können.

Von den so bezeichneten Berliner Listenkranken konnten in Neuruppin gleichzeitig 203 Männer und 203 Frauen aufgenommen werden; Direktor Bruno Petzsch hatte 106 Plätze mehr bereitgestellt, als von ihm gefordert worden waren.<sup>82</sup> Im Unterschied zu den beiden anderen brandenburgischen Sammelstellen, Teupitz und Wittstock (Dosse),<sup>83</sup> sollten Neuruppin »nur Berliner Kranke aus Berliner Anstalten zugewiesen werden«. Die beiden dafür eingerichteten Häuser hatte Petzsch so ausgesucht, »dass der An- und Abtransport der Kranken reibungslos und ohne Aufsehen erfolgen konnte.«<sup>84</sup>

Die Verlegung aus Berlin nach Neuruppin und von dort wenige Wochen später in das Vergasungszentrum Brandenburg (später Bernburg) wurde anhand von Namenslisten und mit Bussen

der Gekrat, also der Transportabteilung der Aktion T4, bewerkstelligt. Den Zeitpunkt, das Fertigmachen der Kranken, den Schriftwechsel mit den Angehörigen, das Abwimmeln lästiger Nachfragen, alle diese Probleme löst die Staats- und Stadtverwaltungen, die Direktionen und Träger der einzelnen Anstalten in eigener Regie, allerdings in höchst kooperativer, in aller Regel wohlwollender Form gemeinsam mit der Aktion T4.

Im Fall der Berliner Kranken verwalteten die Landesanstalt Neuruppin, der Brandenburgische Provinzialverband, das Berliner Hauptgesundheitsamt und die Berliner Ursprungsanstalt das Morden gemeinsam. Die zuständigen Ärzte in Neuruppin waren Direktor Dr. Bruno Petzsch und sein Vertreter Dr. Hans Berendes, die Männerabteilung der Sammelstelle leitete Oberpfleger Weigt, die Frauenabteilung Oberpflegerin Semke. Zuvor waren mindestens drei Mitglieder des dortigen Pflegepersonals (Erwin Braatz, Heinz Unverhau und Kurt Arndt) an die Aktion T4 ausgeliehen worden. Sie organisierten die Krankentransporte in die südwestdeutschen Vergasungszentren Grafeneck und Hadamar.<sup>85</sup>

### Elastisch und effizient: Die geteilte Macht der Mörder

Am 14. September 1940 wurde in Neuruppin die Zahl der Plätze für zwischenverlegte Berliner Patienten auf 700 erhöht, »damit die erhebliche Zahl der zu verlegenden Berliner Listenkranken baldigst erledigt werden kann«.<sup>86</sup> Nachdem einige Tausend Anstaltspatienten über Neuruppin in den Tod gefahren worden waren, galt die erste Phase der Aktion T4 Ende 1940 für Berlin als weitgehend abgeschlossen. Am 2. Dezember teilte der Provinzialverband dem Hauptgesundheitsamt mit, die Sammelstelle werde »durch allmählichen Abtransport der Berliner Listenkranken eingehen«.<sup>87</sup> Als neue, entsprechend kleinere »Sammelstation für Berliner Kranke« richteten die Beamten der Berliner und der brandenburgischen Gesundheitsverwaltungen zum selben Zeitpunkt eine Abteilung der Landesanstalt Brandenburg-Görden ein.

Anders als sie später vielfach behaupteten, waren die Direktoren und Ärzte der Abgabe- und der Zwischenanstalten nicht einfach willenlose Rädchen in dem einmal in Gang gesetzten Getriebe des arbeitsteiligen Mordens. Sie verfügten über Entscheidungsgewalt. Das belegt der Brief, den Direktoren der Brandenburger Zwischenanstalten an das Landesgesundheitsamt richteten. Sie wollten wissen, »ob sie auf Wunsch der Angehörigen usw.« Patienten »ohne Mitwirkung der Transport GmbH« – also ohne das Placet der Aktion T4 – entlassen dürften. Die Antwort ließ an Klarheit nichts zu wünschen übrig: Entlassungsanträgen von Angehörigen sei »in jedem Falle zu entsprechen«. Ausgenommen waren, »wie auch sonst«, Insassen, die polizeilich eingewiesen, sicherungsverwahrt oder als gemeingefährlich eingestuft worden waren.<sup>88</sup> Dieser Hinweis unterstrich den Zweck der Zwischenanstalten: Sofern besorgte Verwandte auf der Entlassung ihrer kranken und pflegebedürftigen Familienmitglieder bestanden, mussten die Anstaltsdirektoren nachgeben.

Auch in Berlin konnten die Direktoren und deren Vertreter beim Zusammenstellen der Transporte mitbestimmen, wer genau die »Fahrt ins Blaue« anzutreten hatte. Sie verfügten über die Macht und das Recht, auf den von der Aktion T4 übersandten Listen »mit roter Tinte die Kranken durchzustreichen, die nicht verlegt werden können«, sei es, dass sie bereits gestorben, als Arbeitskräfte unentbehrlich waren oder aus anderen Gründen verschont werden sollten.<sup>89</sup> Deshalb schickte die Zentrale der Aktion T4 Listen, die wesentlich mehr Namen von Patienten enthielten, als abgeholt werden sollten. So stand in einem Schreiben an die Anstalt Neuruppin vom Juni 1940 der Satz: »Die Transportliste enthält 95 Namen, es werden aber nur 75 Kranke abgeholt, sodass Ihnen ein gewisser Spielraum für verlegte, verstorbene usw. Kranke bleibt.« Diese Maßgabe galt hinfort für alle Verlegungen, die nicht Juden oder Sicherungsverwahrte betrafen.<sup>90</sup> Die Direktoren ließen also nicht nur Meldebögen ausfüllen und Transporte vorbereiten, sondern sie waren für jeden einzelnen Patienten konkret an der Entscheidung über Leben und Tod mitbeteiligt – sie verfügten über die Möglich-

eine hl. Messe in der Meinung, dass er bleiben darf. Ein anderer gibt ein Messstipendium um eine gute Sterbestunde. (...)

Auffallend für die Schwestern war, dass so viele Pflegebefohlene vom baldigen Sterben sprachen, obwohl ihnen nur die Versetzung in eine andere Anstalt mitgeteilt worden war, kein Wort vom Sterbenmüssen. Ottmar Gaßner äußerte so bestimmt: »Wenn ich draußen bin, bin ich in drei Tagen tot.« Als die Pfleglinge zwischen den Schulterblättern gezeichnet waren – diese Forderung war bei Ankündigung der Verlegung nach Kaufbeuren gestellt worden –, sagte Anton Kramer: »So, jetzt sind wir gezeichnet zum Schlachten!« Das Wort schnitt den Schwestern durch Mark und Bein.

Es kam unter Schmerzen der Scheidetag, der 19. November, das Fest der hl. Elisabeth. Beim Wecken zu früher Stunde sagte Gottfried Ehinger: »Heute ist ein schwerer Tag! Muss es jetzt wirklich sein?« Nach dem letzten Morgengottesdienst und einem guten Frühstück versammelten sich die Scheidenden und helfenden Schwestern an der Pforte. Gesprochen wurde nicht viel.

*Von den 150 Pfleglingen, die an diesem Tag aus Ursberg fortmussten, wurden 120 ermordet. Von den in dem Bericht genannten acht Männern überlebte einer, die anderen Deportierten wurden alle am selben Tag, am 4. Juni 1941, in der Gaskammer von Hartheim erstickt: Jakob Speiser, \*1913; Johann Haas, \*1907; Dominikus Harnauer, \*1873; Friedrich Harlacher, \*1877; Ottmar Gaßner, \*1910; Anton Kramer, \*1897; Gottfried Ehinger, \*1879.<sup>114</sup>*

*Ein weiterer Abtransport von Pfleglingen aus Ursberg verlief dramatischer. Darüber berichtete eine Schwester 1946.*

Manche haben sich hingehängt an die Schwester, die Schleier abgerissen. Das war furchtbar. Wenn man sich auch noch so beherrscht hat. Die haben direkt gehaut und gemerkt, was los ist. Wir haben ihnen die Sakramente geben lassen. Es war fürchterlich, unbeschreiblich. Bei den Mädchen war es ganz arg. Die fühlten instinktiv, dass ihnen nichts Gutes bevorstand. Die haben direkt geschrien

und geweint. Die Pflegerinnen und Ärzte hatten selbst geweint, ob der Szene des Abschieds. Das war was Herzzerreißendes. Die meisten hatten es, wenn auch nicht gewusst, doch gehaut, was da kommen könnte. Schon der gewalttätige Abschied von der Anstalt, wo sie doch daheim waren. Der Albert B. ist in die Knie gesunken. Den haben wir direkt aufheben müssen. Die meisten haben geweint. Der A. hat geschrien. Der kleine 15-jährige St. hat von dem Moment an keinen Bissen mehr gegessen, war leichenblass. Der hat kein Wort mehr gesprochen, einen nicht mehr angeschaut.<sup>115</sup>

### *Später »wird man den Schleier dieser Anstalt lüften«*

*Walter Lauer wurde am 22. Januar 1922 in Wiesbaden als nichteheliches Kind geboren. Später heiratete die Mutter den Gärtner Emil Johann Lauer, der den Jungen adoptierte. Im Alter von sieben Jahren bekam Walter epileptische Anfälle, die im Lauf der Jahre häufiger wurden. Er lernte Lesen und Schreiben. Mit 16 Jahren gaben ihn seine Eltern in die Heilerziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern in der Nähe von Koblenz, wo Walter in der Schusterei beschäftigt wurde. Von dort wurde er am 18. März 1941 in die sächsische Anstalt Arnsdorf verlegt. Wie das vor sich ging, schrieb Walter an seine Eltern:*

Am 18ten kamen drei hohe Herren in unsere Werkstatt und blieben auch an meinem Werkstisch stehen und frugen mich einiges. Nachher hieß es, wasch dich und zieh dich um, du kommst woanders hin. Dann wurde ich im Krankenhaus Scheuern gezeichnet (gekennzeichnet). Ich und noch mehr junge Männer sind dann zum Zug geführt worden. Es war eine sehr lange Fahrt.

*Dieser und die folgenden Briefe erreichten die Eltern nicht, weil die Anstaltsleitung sie in den Akten verschwinden ließ. Doch wollten die Eltern ihren Sohn zurückhaben. Sie unternahmen alles Mögliche, vor allem Walters Mutter, der Vater stand im Krieg. Der stellvertretende Direktor der Anstalt Arnsdorf, ein harter Verfechter der Kranken-*

morde, teilte der verzweifelten Mutter mit, ihr Sohn habe »in der Schuhmacherei in Scheuern so gut wie nichts geleistet« und eine Entlassung sei nicht angängig. Die Mutter, Katherine Lauer, beschwerte sich daraufhin beim Regierungspräsidenten in Wiesbaden. Dort teilte man ihr irreführend mit, ihrem Sohn werde nichts geschehen, weil er nicht »unter das Gesetz« falle. Gemeint war offensichtlich das niemals erlassene Euthanasiegesetz. Tatsächlich war Walter in eine Zwischenanstalt der Aktion T4 verlegt worden, in einen Vorhof der Gaskammer Pirna-Sonnenstein. Am 7. April 1940 schrieb er seinen Eltern und seiner Großmutter:

Liebe Mutter, Vater u. Omi! Dein Packetchen und den Brief, habe ich heute erhalten, freue mich sehr darüber, von zu Hause etwas zu hören, der Inhalt des Packetchens schmeckt mir gut, wie alles, was von zu Hause ist. Am 5. 4. Sonnabend frug mich der Vorsteher, warum ich nicht nach Hause geschrieben habe. Den Brief hast du ja nun erhalten, wo die Karte geblieben ist, weiß ich nicht, habe sie hier abgegeben. Ob dieser Brief zur rechten Zeit eintrifft, – es darf eigentlich nur einmal (bis Montagfrüh) Post abgeschickt werden. Vielleicht erlaubt der Vorsteher, dass dieser Brief abgeht, damit du dir keine zu großen Sorgen machst. Liebe Mutter, so sehr ich mich freuen würde, wenn du mich besuchen könntest, so bitte ich dich doch, die weite Reise jetzt nicht zu machen, du könntest deiner Gesundheit schaden, jetzt werden wahrscheinlich auch große Truppentransporte sein – wenn es dir möglich ist, so schicke mir ein Osterpaket. Wenn Vater zu seinem Urlaub mich besuchen könnte, würde es euch nicht so viel Geld kosten, da ja Vater bei der Wehrmacht verbilligt fährt. Könnte dann mit Vater alles Nähere besprechen. Das Packet von Oma habe ich nicht erhalten, wo ist es geblieben? Wenn das Osterpaket eintrifft, gebe ich es zur Aufbewahrung ab, da kann so schnell nichts wegkommen. Die Konfirmationskarte ist noch in Scheuern, konnte also keine abschicken. Auch hier bin ich in der Schuhmacherei, ob sie mit mir zufrieden sind? Mache dir keine Sorgen, ich mache keine Dummheiten. Wenn Vater herkommt, so schreibt mir vorher, damit ich wegen Ausgang fragen

kann, vielleicht darf ich dann etwas länger bleiben. Bin neugierig was der Landeshauptmann sagen wird, ehe Vater mich besucht, werde ich es wohl nicht erfahren. Wenn der Krieg zuende ist, wird man auch den Schleier dieser Anstalten lüften, manchen wird dann vielleicht ein Licht aufgehen.

Am 28. April 1941 wurde Walter Lauer zusammen mit anderen Insassen nach Pirna-Sonnenstein deportiert. Dort starb er am selben Tag in der Gaskammer.\*

\* Mit freundlicher Genehmigung von Boris Böhm und Ricarda Segger, ehemals Schulze, erzählt und zit. nach Böhm, Schulze (Hrsg.), »... ist uns noch lebendig in Erinnerung«. Biographische Porträts von Opfern der nationalsozialistischen Euthanasie-Anstalt Pirna-Sonnenstein, Dresden 2003, S. 84–95.